Christus ist unser Friede!
(nach Eph 2, 14)

In einer Zeit, in der demokratische Prozesse angefochten, rechtsextremistische und antisemitische Positionen gesellschaftsfähiger werden, hat sich das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Enger entschieden, sich klar und deutlich zu Wort zu melden und zu formulieren, welchen theologischen Maßstäben wir in unserem Handeln und unserem Selbstverständnis folgen und wofür wir als Kirchengemeinde einstehen.

Allen, die sich in unserer Kirchengemeinde ehrenamtlich oder hauptamtlich engagieren, dienen folgende theologische Grundsätze als Orientierung für ihr Handeln und Auftreten im Rahmen ihres Engagements in unserer Gemeinde.

Das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Enger beschließt daher:

1. Das Evangelium Jesu Christi ist Maßstab unseres Redens und Handelns.
Als christliche Gemeinde fragen wir in unserem Reden und Handeln zuerst danach, wem wir folgen und woran wir uns orientieren. Wir bekennen klar und deutlich, dass das Evangelium Jesu Christi Maßstab und Orientierung unseres Redens und Handelns ist und wir Jesus Christus als unserem Bruder und Herrn nachfolgen.

Wir glauben an die Gottesebenbildlichkeit des Menschen: *„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde (…).“ (Gen 1, 27)*. Darin gründet eine Würde, die jedem Menschen zukommt und die niemand verleihen, abstufen oder aberkennen kann.

Wir orientieren uns an Jesus Christus, dessen Reden und Handeln immer wieder Grenzen überschritten hat: Er holte Ausgegrenzte in die Gemeinschaft zurück, machte Fremde zu Nächsten, richtete Verwundete an Leib und Seele auf und stellte Kinder in die Mitte seines Handelns.

Darum sind die Würde jedes Menschen, Barmherzigkeit miteinander, Gerechtigkeit, die Bewahrung der Freiheit, der Schutz von Minderheiten und die Verantwortung für ein friedliches, demokratisches Zusammenleben für uns keine beliebigen Positionen. Sie gehören zu den Konsequenzen unseres Glaubens.

Aus diesem Grund widersprechen wir allen Ideologien und politischen Bestrebungen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sozialen Stellung oder ihres Aufenthaltsstatus abwerten, ausgrenzen oder gegeneinander ausspielen.

Völkischer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, die Verächtlichmachung von Geflüchteten und die pauschale Delegitimierung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen und Verfahren stehen im Widerspruch zu unserem Verständnis des Evangeliums Jesu Christi.

2. Vor Gott gibt es keine Menschen erster und zweiter Ordnung.
Der Apostel Paulus schreibt: *„Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann und Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus“ (Gal 3, 28).* Paulus spricht hier von der Gemeinschaft derer, die in Christus verbunden sind. Er behauptet damit nicht, dass Unterschiede zwischen Menschen verschwinden. Herkunft, Geschlecht, Lebensgeschichte, Kultur oder soziale Wirklichkeit bleiben bestehen. Aber diese Unterschiede begründen keine Rangordnung und dürfen nicht darüber entscheiden, welchen Wert und welche Würde einem Menschen zukommen.

Wo Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Zugehörigkeit unterschiedlich bewertet werden, wo aus einem vermeintlichen „Wir“ und „den anderen“ eine Rangordnung von Menschen entsteht, wo Zugehörigkeit ethnisch oder völkisch definiert wird, widerspricht dies dem christlichen Verständnis vom Menschen. Die Kirche Jesu Christi kann deshalb keine Gemeinschaft der ethnisch, kulturell oder politisch Gleichgesinnten sein. Sie ist eine Gemeinschaft Verschiedener, die ihre tiefste Verbindung nicht aus Herkunft oder Nationalität gewinnt. Sie ist eine Gemeinschaft Verschiedener, die Christus miteinander verbindet.

3. Unsere Kirchengemeinde trägt Verantwortung für Schutz und Zugehörigkeit.
Die Bibel verbindet den Glauben an Gott mit der Verantwortung, für Menschen einzutreten, deren Stimme überhört und deren Recht missachtet wird: *„Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind“ (Spr 31, 8).* Auch die Rede Jesu vom Weltgericht stellt die Frage, wie wir mit Bedürftigen, Fremden, Kranken und Gefangenen umgehen, in den Horizont der Begegnung mit Christus (vgl. Mt 25, 35-40).

Darum verstehen wir unsere Kirchengemeinde als einen Ort, an dem Menschen Schutz und Zugehörigkeit erfahren sollen. Menschen, die wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion angefeindet werden, Jüdinnen und Juden, die Antisemitismus erfahren, Menschen mit Behinderungen, queere Menschen sowie alle, denen ihre gleiche Würde und ihr gleiches Lebensrecht bestritten werden, sollen wissen: In unserer Gemeinde soll für ihre Würde eingestanden werden.

Unsere Kirchengemeinde ist kein Raum ohne Konflikte oder Verletzungen. Sie trägt aber Verantwortung dafür, Abwertung und menschenfeindlichen Äußerungen nicht gleichgültig gegenüberzustehen. Wir wollen Menschen, die davon betroffen sind, nicht allein lassen und nicht neutral zwischen Abwertung und den von ihr Betroffenen stehen.

4. Unser Bekenntnis zu Jesus Christus hat Folgen für unser ganzes Leben und Handeln
Diese Überzeugung steht in einer besonderen Tradition unserer Kirche. Im Jahr 1934 verabschiedeten Vertreter der Bekennenden Kirche in Wuppertal-Barmen die *Barmer Theologische Erklärung*. Sie entstand in der Auseinandersetzung mit den „Deutschen Christen“, die die evangelische Kirche im Sinne völkischer und nationalsozialistischer Vorstellungen umformen und der nationalsozialistischen Diktatur angleichen wollten. Sie war kein umfassendes politisches Widerstandsprogramm und auch kein Demokratieprogramm im heutigen Sinne. Zu ihren schwersten Leerstellen gehört, dass die Entrechtung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden nicht zum Gegenstand der Erklärung wurde. Die *Barmer Erklärung*

setzte aber dieser Vereinnahmung der Kirche durch den Staat eine entscheidende Grenze: Nicht Staat, Nation oder politische Ideologie bestimmen die Botschaft der Kirche. Ihr Maßstab und Herr ist Jesus Christus.

In der zweiten Barmer These heißt es, dass Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung und zugleich *„Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben“* ist. Deshalb könne es keine Bereiche unseres Lebens geben, *„in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären“*. Diese Einsicht bleibt für uns aktuell. Christlicher Glaube ist nicht auf den privaten oder gottesdienstlichen Bereich beschränkt. Auch als Kirchengemeinde können wir unser Bekenntnis zu Jesus Christus nicht von unserem gesellschaftlichen und öffentlichen Handeln abtrennen.

Darum widersprechen wir dort, wo politische Ideologien einen Anspruch erheben, der mit dem Evangelium unvereinbar ist: wo Nation, Volk oder ethnische Herkunft überhöht werden, wo die Geltung gleicher Menschenrechte bestritten oder bestimmten Gruppen Menschenrechte abgesprochen werden, wo Hass und Ressentiments gegen Minderheiten geschürt werden, wo gesellschaftliche Gruppen zum Feindbild erklärt werden oder autoritäres Denken an die Stelle demokratischer Verantwortung tritt.

Die fünfte Barmer These unterscheidet die Aufgaben von Kirche und Staat. Sie beschreibt es als Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen, und erinnert zugleich an die Verantwortung der Regierenden und Regierten vor Gottes Gebot und Gerechtigkeit.

Daraus folgt für uns: Unsere Kirchengemeinde ist keine politische Partei. Sie legt sich nicht auf einzelne parteipolitische Programme fest, und in ihr haben unterschiedliche politische Überzeugungen Raum.

Parteipolitische Unabhängigkeit bedeutet für uns jedoch nicht Neutralität gegenüber Menschenfeindlichkeit und Unrecht. Gegenüber der Verletzung von Menschenwürde, gegenüber Rassismus und Antisemitismus oder gegenüber der grundsätzlichen Delegitimierung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen können wir nicht neutral bleiben.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind für uns nicht deshalb schützenswert, weil sie selbst Gegenstand unseres Glaubens wären. Wir treten für sie ein, weil sie einen politischen Raum ermöglichen, in dem Freiheit geschützt, Macht begrenzt, Minderheitenrechte gewahrt und Konflikte friedlich ausgetragen werden können. Wo diese Grundlagen angegriffen werden, gehört es zu unserer öffentlichen Verantwortung, unsere Stimme zu erheben.

5. Offenheit und klare Haltung gehören zusammen.
Unsere Kirchengemeinde ist offen für Menschen unterschiedlicher Herkunft, Lebensformen, Glaubensgeschichten und politischer Überzeugungen. Eine bestimmte Parteizugehörigkeit oder politische Überzeugung ist keine Voraussetzung dafür, einen Gottesdienst zu besuchen, Seelsorge zu suchen oder offene Angebote unserer Gemeinde wahrzunehmen.

Wir glauben an die Möglichkeit von Gespräch, Veränderung, Umkehr und Versöhnung. Deshalb wollen wir Menschen nicht vorschnell auf politische Positionen oder frühere Äußerungen festlegen.

Diese Offenheit bedeutet jedoch nicht Beliebigkeit. Es gibt Positionen, die mit den Grundüberzeugungen unseres christlichen Glaubens nicht vereinbar sind. Wo Menschen ihre gleiche Würde abgesprochen wird, wo rassistische, antisemitische, völkisch-nationalistische, queerfeindliche oder andere menschenverachtende Vorstellungen vertreten werden, wo Geflüchtete und Minderheiten pauschal herabgesetzt oder demokratische und rechtsstaatliche Verfahren grundsätzlich delegtimiert werden, ist Widerspruch notwendig.

Das gilt in besonderer Weise für Menschen, die in unserer Kirchengemeinde ein Amt, einen Dienst oder eine ehrenamtliche Aufgabe übernehmen oder durch ihre Mitwirkung das öffentliche Auftreten unserer Gemeinde mitprägen. Sie tragen Mitverantwortung für die Glaubwürdigkeit unseres kirchlichen Handelns.

Deshalb erwarten wir, dass ihr öffentliches Reden und Handeln nicht in einem grundlegenden und dauerhaften Widerspruch zu den hier formulierten Überzeugungen steht. Wo ein solcher Widerspruch erkennbar wird, suchen wir zunächst das Gespräch. Bleibt er bestehen, ist im Blick auf die jeweilige Aufgabe und den konkreten Einzelfall vom Presbyterium zu prüfen, ob eine weitere Mitwirkung oder Übernahme von Verantwortung in unserer Kirchengemeinde möglich ist. Dabei gelten die jeweiligen kirchen-, dienst- und arbeitsrechtlichen Regelungen.

6. Christus ist unser Friede.
Unser Widerspruch gegen menschenfeindliche Ideologien entspringt nicht dem Wunsch, Menschen auszugrenzen. Er entspringt der Bindung an das Evangelium.

„Christus ist unser Friede“ (Eph 2,14).

Der Friede Christi überwindet Feindschaft und die Mauern, die Menschen voneinander trennen. Er ruft uns nicht zur Gleichgültigkeit, sondern zur Versöhnung; nicht zum Schweigen gegenüber Unrecht, sondern zur Parteinahme für die Bedrängten; nicht zur Abwertung des Menschen, dessen Überzeugungen wir widersprechen, sondern zur unbedingten Achtung der Würde jedes Menschen.

Daran wollen wir uns als Evangelische Kirchengemeinde Enger messen lassen.